

Wilhelm II. und Eduard VII.

Man kann das halbe Jahrzehnt von 1906-1910 ein diplomatisches Duell zwischen dem kaiserlichen Keesen und dem königlichen Onkel nennen. Zum Austrag kam es nicht, da der König nach kurzem Krankenlager am 6. Mai 1910 starb. Seine Pläne, Deutschland von einem ihm nicht geneigten Bund von Mächten zu umgeben, hatte er ziemlich bis zum Dachgeschoß beendet.

Es wird heute mancherlei über das Verhältnis der beiden Monarchen zu einander erzählt. Eduard war ein Weltmensch, Wilhelm tief religiös. Der König war der weltgewandtere, der Kaiser gewissenhafter. Beide erkannten die Notwendigkeit der Macht, und beide liebten sie, aber der König beherrschte die Menschen, leitete sie, ohne daß sie es empfanden, während dem Kaiser dies nicht gelang. Er war zu impulsiv und wurde deshalb oft verkannt, während der König auch seinem Sarkasmus und Spott in bestimmter Absicht seine Ziele dienstbar machte. Der Kaiser hat seinen Oheim nicht immer geschont, der König seinen Keesen ebensowenig. Bezeichnend ist sein Wort von „Bill's Spielzeug“, das des Kaisers Lebenswerk, der deutschen Flotte galt.

Als junger Prinz von Wales hatte König Eduard in Paris, wo er Stammgast war, und an anderen Orten, wo man sich nicht langweilt, so hohe Schulden gemacht, daß seine sparsame Mutter Viktoria die Bezahlung verweigerte, so daß das Parlament in London einbringen mußte. Dabei bekam der britische Thronerbe von den Volkvertretern seines Landes ganz gelassene Moralpredigten zu hören. Kaiser Wilhelm erklärte im gleichen Alter seinem Großvater Wilhelm I., er werde seinen Abschied als Offizier geben, wenn der alte Herr ein von seinem Enkel erlassenes Verbot für seine Offiziere, einen Spielklub zu besuchen, aufhebe. Als gereifter Mann war Eduard dem Hazardspiel Baccarat so ergeben, daß er nicht ganz einwandfreie Personen als Spielgenossen um sich duldete; sein Neffe ergabte sich am Pfenniglot. Ein sehr hohes Bewußtsein der monarchischen Würde hatten Beide. Nur sprach der König wenig davon.

Kaiser Wilhelm hat England und die Engländer als Prinz nicht geliebt, trat ihnen aber als Kaiser wiederholt ziemlich nahe. König Eduard, dessen Vater ein deutscher Prinz war, besah zu wenig Gemüt, um Deutschland anders als mit einem Adjektiv zu betrachten. Er taxierte es nur als politischen Konkurrenten. Den Weltkrieg hat er uns in diesem Grade vielleicht nicht bringen wollen, ihn mit solchen Schreden vielleicht gar nicht für möglich gehalten. Denn so sehr der Kaiser Soldat war, so wenig war es der König. Aber Tatsache bleibt es, daß ein Herrscher, der als Thronfolger bei einem Masenfieber in Hamburg in dem Gemach eines Kochs erschien, der bis in sein höchstes Alter tonangebend für die englische Herrschmode war, und das Tragen einer militärischen Uniform als eine Last empfand, den größten, blutigsten und kostspieligsten Krieg gegen das Gebirgsland seines Vaters durch die Folgen seiner Politik veranlaßt hat. Und Tatsache ist es, daß Wilhelm II. das Unglück hatte, sich in seinen persönlichen Freuden, in denen er ebenfalls Träger des Gottesgnadentums sah, am meisten zu täuschen. Von der Härte seiner Politik Absichten durchdrungen, vermochte er doch andere nicht davon zu überzeugen. Daß er das nicht erkannte, ward für ihn ein Verhängnis und für Deutschland, ebenso wie, nur in anderer Weise, die Politik König Eduards. Onkel und Neffe waren zu verschieden veranlagt, als daß sie sich hätten verstehen können.

Für einen gerechten Frieden.

Eine verspätete Rede Lloyd Georges. Erst jetzt kommt die Nachricht von einer Friedensrede Lloyd Georges, die dieser bereits am 13. Nov. vor seinen liberalen Wählern gehalten hat. Lloyd George bekennt sich darin zu folgendem Programm: „Auf welchen Grundlagen kann ein Weltfrieden aufgebaut werden? Wollen wir zurückfallen in alte nationale

Die vergangene Woche.

Der Rheinübergang.

Der Rheinübergang der aus dem Westen heimkehrenden deutschen Truppen vollzieht sich mit der Regelmäßigkeit, die alle Ordres des Großen Generalstabes der Armee stets im Gefolge gehabt haben. Die gewaltige Heereskolonne, die im August 1914 den deutschen Strom überschritten, um den Angriff der Feinde abzuwehren, kehren nach 52 Monaten unbedeutend und in ungedrohter Haltung, wenn auch in vielfach anderer Zusammensetzung, in das Vaterland zurück, das sie mit offenen Armen empfängt, voll Dank, daß uns der Krieg auf deutschem Boden durch die Tapferkeit der Armee erspart blieb. Die Soldaten wissen, daß ihnen nach den Bedingungen des Waffenstillstandes feindliche Kolonnen zur Besetzung von drei Brückenköpfen des Rheins folgen werden. Es ist ihnen und ganz Deutschland bitter zu Mut, wenn auch diese Besetzung nur eine vorübergehende ist. Manche Lippe hat wohl in diesen Tagen gemurmelt: „Denn über's Leben geht noch die Ehe!“

Es ist nicht zu ändern. Die Absetzung eines Karren Zeits unserer stolzen deutschen Flotte an die von ihr geschlagenen Engländer ist vollzogen, Ersatzvorträge von den Franzosen und Amerikanern besetzt worden. Und wir sehen, daß die Pariser Regierung, ohne den Spruch der bevorstehenden Friedenskonferenz abzuwarten, das deutsche Reichland als ihr Eigentum betrachtet. Von deutscher Seite hat nicht weiter, um ein Wiederaufkommen des Krieges zu verhüten, geschehen können, als um eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen zu bitten. Darin war nichts zu erreichen, und wir können nur hoffen, daß die in Aussicht gestellte Lebensmittelversorgung von Amerika her recht bald Tatsache werden wird. Aus dem ganzen Verhalten der Franzosen geht hervor, daß sie nicht gehofft haben, so bald an den Rhein zu kommen und nun es so weit ist, suchen die Chauvinisten nach Gründen, dort zu bleiben. Das soll nicht gelingen. Und nachdem Feldmarschall von Din-

denburg seinem Prinzip der Wachheit gemäß erklärt hat, daß der Krieg zu Ende sein müsse, ist es die Aufgabe der neuen Regierung, zu berechnen, daß die Köpfe der unversöhnlichen Franzosen, die die deutsche Republik nicht anders behandeln, wie das deutsche Kaiserreich, zur vollendeten Tatsache werden. Wir müssen uns auf uns selbst verlassen, denn Freunde haben wir auch jetzt nach der Waffenruhe nicht gewonnen: kein Staat und keine Nation ist für Deutschland eingetreten, während die Vordrängerei der Deutschen sich steigert. Dagegen wird unsere Kraft doch ausreichen, nachdem gleichzeitig mit den Heeren des Westens auch die Armee des Ostens ihren Einzug in Deutschland hält, die noch von Unbänd durch uns befreite Nationalitäten erzählen kann.

Nachdem die Grenzen freigegeben sind, ist der Zwang zur Einigung im Innern um so härter geworden. Die neue sozialistische Regierung hat erkannt, daß die Proklamation neuer Prinzipien nach der erfolgten Billigung durch das Volk ihren wahren Wert erhält. Die neue deutsche Nationalversammlung war von vornherein eine Rechtsforderung, sie wird eine Notwendigkeit, nachdem die Heere wie die Bevölkerung der einzelnen deutschen Landesrepubliken davon ihr Verbleiben im Rahmen des Reichverbandes abhängig gemacht haben. Würde das Deutsche Reich, das es auch in republikanischer Staatsform bleibt, in seinem Bestande aufgelöst, es wäre ein dem Wiederaufbau des Wohlstandes unseres Volkes treibe bestellt. Das Dichterwort „Deutsch-Weich heißt bald Deutsch-Arm“ ist zur Stunde leider keine Phantasie mehr, und für politische Machtkämpfe besteht kein Raum mehr. Im Volksrat muß der Wille des gesamten Volkes gelten, nicht der einer Parteigruppe. So wird die Nationalversammlung kommen, um so mehr, da die Gegner nur mit einer verfassungsmäßigsten deutschen Regierung über die Einzelheiten des Friedens verhandeln will. Darin liegt natürlich die Absicht, sich die Erfüllung der Friedensbedingungen zu sichern, die nicht leicht sein werden. Außer für Ersatzvorträge haben sich für alle unsere Ko-

Reiderien und Bänkereien und konkurrierende Rüstungen? Oder wollen wir den Zustand des „Friede auf Erden“ schaffen? Es ist nach meiner Ansicht Aufgabe des Liberalismus, seinen Einfluß nach der Richtung auszuüben, daß hinfort der Friede die Welt regiere.

Wir müssen also die Friedensbedingungen sein. Sie müssen zu einer Einigung führen, die von Grund aus gerecht ist. Keine Einigung, die gegen das Prinzip der Gerechtigkeit gerichtet ist, wird eine dauernde sein. Der Friede von 1870-71, der von Deutschland Frankreich auferlegt wurde, warf alle Prinzipien von Gerechtigkeit, von Treue und Glauben über den Haufen. Wir wollen uns dieses Beispiel als Warnung dienen lassen. Wir dürfen nicht erlauben, daß irgendein Gefühl der Rache bei den Friedensbedingungen die Grundprinzipien von Gerechtigkeit umstößt. Einflußreiche Verträge werden gemacht werden, um die Regierungen durch Drohungen einzuschüchtern, um von den Forderungen des Rechts abzugehen und niedrigen, schmutzigen Ideen, diktiert von Habacht und Rache, zu folgen. Wir müssen uns dagegen mit aller Entschiedenheit wehren.

Der Völkerverbund wird in Zukunft mehr denn je notwendig sein. Eine große Anzahl kleiner Nationen ist in Europa entstanden. Diese müssen geschützt werden gegen die Habacht und den Ehrgeiz ihrer Nachbarn. Der Völkerverbund ist ein Frieden und Einschränkung der Rüstungen.

Die Einschränkung der Rüstungen aber ist eine Garantie, daß wir die allgemeine Dienstpflicht loswerden. Selbstverständlich müssen wir in unserem Lande ein tüchtiges Heer haben als Sicherheit für das Reich, aber ich sehe bei Schaffung des Völkerverbundes eine Weltlage kommen, die in keinem Lande die allgemeine Dienstpflicht mehr notwendig macht.“

Die A. und S.-Räte im Lande.

Die preussische Regierung hat vor etwa zwei Wochen einen Erlaß an die Regierungspräsidenten ergehen lassen, der die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden mit den Arbeiter- und Soldatenräten sowie den etwa entstandenen Bauernräten regeln soll. Die Grundsätze dieses Erlasses werden durch eine neue Verfassung auch auf die kommunalen Verwaltungen in Stadt und Land ausgedehnt. Die Räte sollen, wie bekannt, als Kontrollinstanz fungieren und bei allen wichtigeren Verhandlungen hinzugezogen werden.

„Die Form dieser Zustellung“, fährt der Erlaß fort, „wird sich vom Standpunkte gegenseitiger lokaler Unterfügung in einzelnen leicht finden lassen, wenn dabei das Ziel unbedingter Fortschritt jeder Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Auge behalten wird.“

Wenn man das so liest, mag's leidlich erscheinen, aber die Praxis ergibt leider ein Bild großer Verwirrenheit, das alles andere nur nicht schön ist.

Von allen Seiten kommen Klagen, daß die lokalen Räte ihre Kompetenz als leitende Kontrollinstanz nicht verstehen wollen, sondern sich als „Regierende“ fühlen. Dem Gott ein Amt gegeben hat, dem gibt er aber leider nicht immer gleich die nötige Sachkenntnis. Gewöhnlich entwickelt sich bei den Herren, die der Zufall oder familiäre Beziehungen auf einen Posten in Stadt und Gemeinde gestellt haben, eine gefährliche „Geschäftshuberei“, ein Arbeitsdrang, der sich um alles und jedes bekümmert und dabei ausreißt wie der Elefant im Porzellanladen. Man kann vom Standpunkt der radikalen Sozialisten aus politisch den höchsten Anforderungen entsprechen und doch im Verwaltungsbetrieb ganz unerfahren sein. So ein Verwaltungsbeamter studiert doch nicht bis ins Mannesalter hinein sein Fach. Und der gute Wille allein tut es nicht, ganz abgesehen davon, daß in Einzelerscheinungen auch der verschiedenlich scharf besaiteten wird. Man soll sich in den Kreisen der jetzigen Regierung doch keiner Täuschung hingeben: Die bisherige Führung der Geschäfte durch die beiden sozialistischen Parteien hat die Reigung für die Revolution im Bürger- und Bauernstand schwer beeinträchtigt und es wird entscheidender Tatzen bedürfen, um den Rest

des Vertrauens zu retten. Dazu ist die gegenwärtige A. und S.-Räte im Lande durchaus nicht angetan. Es ist wahrlich weit mit uns gekommen, wenn von der Bevölkerung im Rheinland die Franzosen als Befreier von dem A. und S.-Rat begrüßt werden. So schreibt die in Saarbrücken erscheinende „Saarpost“, ein sonst sehr radikales katholisches Arbeiterblatt:

„So bedauerlich es kommen mußte, um bei uns wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen, so wird doch der weitaus größte Teil der Saarbrücker Einwohnerschaft froh sein, daß die Herrschaft des A. und S.-Rates zu Ende ist; denn was sich unter seiner 14-tägigen Herrschaft in Saarbrücken zugezogen hat, gerät sicher zu den allertraurigsten Erscheinungen in der Geschichte unserer Stadt!“

Diese Stimmung wird aus allen möglichen Städten in ganz Deutschland berichtet, und es scheint, daß, wenn es so weiter geht, sie binnen kurzem episch am Ausdruck kommen werde — wobei dann das deutsche Volk auch noch diese Bege bezahlen mußte.

Was die deutsche Wählerin wissen muß.

Politik.

Die Wählerin ist eine politische Staatsbürgerin. Sie hat von Politik oft nicht viel oder gar nichts gehalten, das Wort Politik fortgeschleudert, wie wenn sie eine böse Plage fortgeschleudert, und . . . sich dabei doch fast täglich mit Politik beschäftigt.

„Denn was ist Politik? Kein Hauberkrank aus einer Hegentüte, oder ein Zukunftsrausch, das erst eine Wohrlagerin mit ihren Kartenblättern erklären muß, sondern Politik ist nichts anderes, als die Beschäftigung und Behandlung aller öffentlichen Angelegenheiten.“

So haben wir Reichspolitik, Landespolitik, Kommunalpolitik. Das Letztere sind Stadt- und Gemeindeangelegenheiten, aber die jedenfalls nicht bloß am Bierisch, sondern auch am Käsefisch debattiert worden ist, wenn Magistrat und Stadtoberordnete mit neuen Bestimmungen sich ein Denkmahl gesetzt haben.

Wenn im deutschen Reichstage die Beziehungen unseres Vaterlandes zu den fremden Staaten besprochen wurden, so war das hohe Politik. Was es neue Gesetze für das Versicherungswesen und Krankenlöße, so war das Sozialpolitik. Und Sozial- und Gewerdepolitik bildeten z. B. Vorschriften über Sonntagsruhe und Frauenarbeit. Dann gab es Heerespolitik, Kolonialpolitik. Aergerte sich die Frau über hohe Lebensmittelpreise, so kam sie in das Gebiet der Wirtschaft- und Steuerpolitik.

Und so geht es weiter in allen öffentlichen Dingen unserer engen und engen Heimat, dem Staate und der Stadt, in denen wir zu Hause sind. Beide treiben sie ebenfalls Steuerpolitik, nur daß es sich bei ihnen vorwiegend um Abgaben direkter Natur handelt, die auf Grund von Einschätzungen aus Einnahmen, Vermögen, Gewerbe, Haus- und Grundbesitz zu zahlen sind. Sehr wichtig geworden ist die Bau- und Wohnungspolitik. Dann kommen Schulfragen, Beleuchtung, Wasserleitung, Schlachthaus. Kurzum, unser ganzes Leben bewegt sich innerhalb des großen Rahmens, den wir Politik nennen, und der nur die durch Gesetze geregelten und festgelegten öffentlichen Angelegenheiten darstellt.

In allen diesen Dingen, zunächst im Reiche, soll die Wählerin mitreden. Dabei werden ihr die verschiedenen Parteien, die auch in der neuen deutschen Republik nicht verschwunden sind, mitteilen wollen. Und die Parteien sind es, die die Politik mit ihrem Programm kompliziert gemacht haben. Sie sagen alle, wir wollen in der Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten das Beste des Volkes, das ist ihr politisches Ziel, aber der Weg zu diesem Ziel ist verschieden. Die Wählerin sucht sich den richtigen aus. Das ist das ganze Geheimnis der richtigen Politik, von deren Einzelheiten später zu reden ist.

Geschäftliches.

Wir heiraten zu können hat ein junges Mädchen Str. auf . . . wiesener Familie in Hohenlimburg . . .

lanten Neffentanten gemeldet, so daß also Deutschland sich recht wird beschneiden müssen. Und dann kommt die Entschädigungsfrage, die schwere Steuern und Vermögensabgaben bringen wird. Aber es hilft nichts, und Illusionen hinzugeben, wir müssen rechnen Tisch machen. Die neuen Vorschriften gegen die Steuerflucht beweisen, daß es auch mit Kriegsgewinnern Herrlichkeit zu Ende geht.

Die Knappheit der Lebensmittel, der Kohlenmangel, die für Tausende drohende Erwerbslosigkeit zeigen, wie voll berechtigt die Mahnungen gegen die Verschwendung des Kriegserblandes waren. Die nicht an den Umfassung glauben wollten, jeden ihn heute vor sich verschärft durch den unerwarteten Kriegsausgang. Da hilft nur uns, den Kopf hoch und klar zu behalten. Neue Zwischenfälle, wie der Grabenkrieg in Oberschlesien, bringen erhöhtes Unheil. Niemand kann heute mit dem Kopfe durch die Wand, wenn auch so viel anders geworden ist, so besteht doch für jedes Dasein die begrenzte Möglichkeit, seine Wünsche zur Macht zu erheben. Die Hauptsache bleibt, daß die Reichsregierung der deutschen Republik sich unumwunden für die Reichseinheit und für die Einberufung der Nationalversammlung aussprechen. Das sind Capitel für die Zukunftsgestaltung, die auch dem unvermeidlichen Druck der wirtschaftlichen Schwere widerstehen werden. Sparfamkeit in allem wird über die knappen Wochen am besten hinweghelfen. Das ist eine Tat, die höher steht als Programme an Papier.

Warnung vor einem Tag in der Stadt. In einzelnen Gegenden macht sich eine Abwanderung weiblichen Dienstpersonals nach den mittleren und größeren Städten bemerkbar. . . . der Annahme, daß dort geeignete Stellen vorhanden sein werden. Die Annahme ist durchaus falsch. Mit der Einschränkung der Arbeiten in den Rüstungsbetrieben sowie auch in anderen Berufen wird eine große Zahl von weiblichen Hilfskräften frei, die den Bedarf an Hausangehörigen reichlich decken. Es kann deshalb nur auf dringende Geraten werden, daß die bisher auf dem Lande oder in den kleineren Städten in Stellung gewesenen Mädchen dort auch verbleiben.

Stroft
ein
nicht
eine
zu
ihre
einem
v. S.
Doch
holten
Demb
Wählg
Schön
Hebr
auch
and
na
Nage

Untw
Bau
S. W

Nch
räum
famli
nung
berge
den
Lomme

Wäh
auf
W
defini
sch
Bure
wäre
Kling
nun
der
der
das

Mit
Sol
sich
an
dem
men
in
das
sofort

Weg
berg
st
stürz
urteil
feind
gesch
Polit
numm

D

onal
Nach
seine
wind
digung
hatte
sie
sch
wollte
wäre
sch
gelief
anste
genem
würde
wie
Berl
Bern
mit
die
in
der
W

min,
wieder
benom
Dade
Gand
entgeg
Berl
eine
G
liden
Gh
Nch
Sch
bild,
Hien
Hör!
W
Dreile